

titel

Das Votum der wirtschaftlich starken und gesellschaftlich individualisierten Schweiz

ERSTANALYSE DER VOLKSABSTIMMUNG
ÜBER DAS SCHWEIZERISCHE
OSTHILFEGESETZ VOM 26.11.2006

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe, Projektmitarbeiter

Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin

Luca Bösch, Webmaster/Internet-Applikationsdesigner



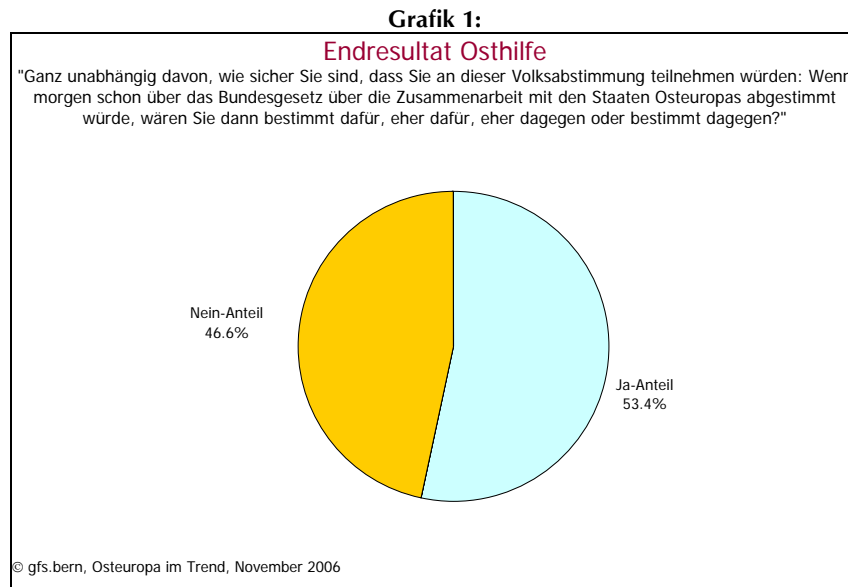
Bern, den 27. November 2006

Copyright by gfs.bern

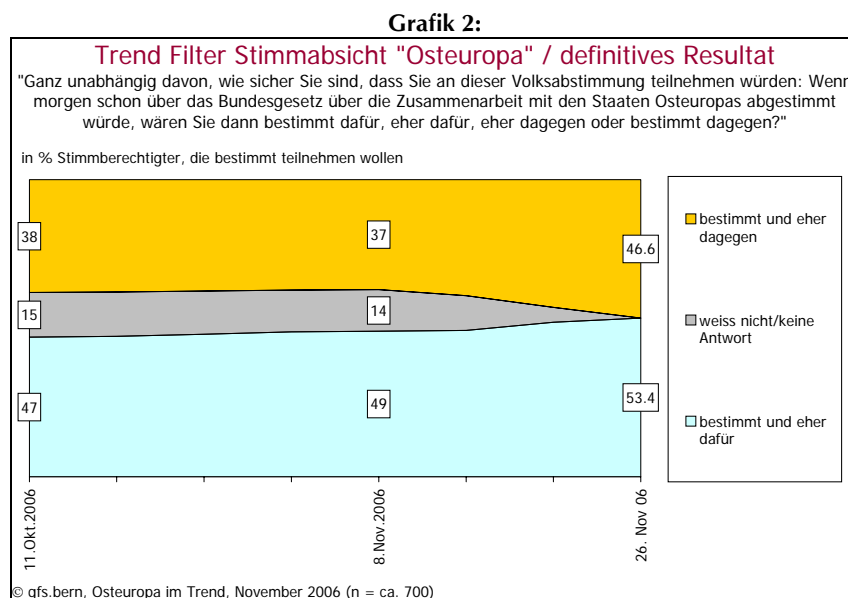
Unter Quellenangabe zur Weiterverwendung

Die Einleitung

"Angenommen!", das war der häufigste Kommentar gestern zur Volksabstimmung über die das Osthilfegesetz. Die BefürworterInnen waren über die 53,4 Prozent bejahenden Stimmen erleichtert. Die Gegnerschaft reklamierte mit 46,6 Prozent Ablehnung einen Achtungserfolg.

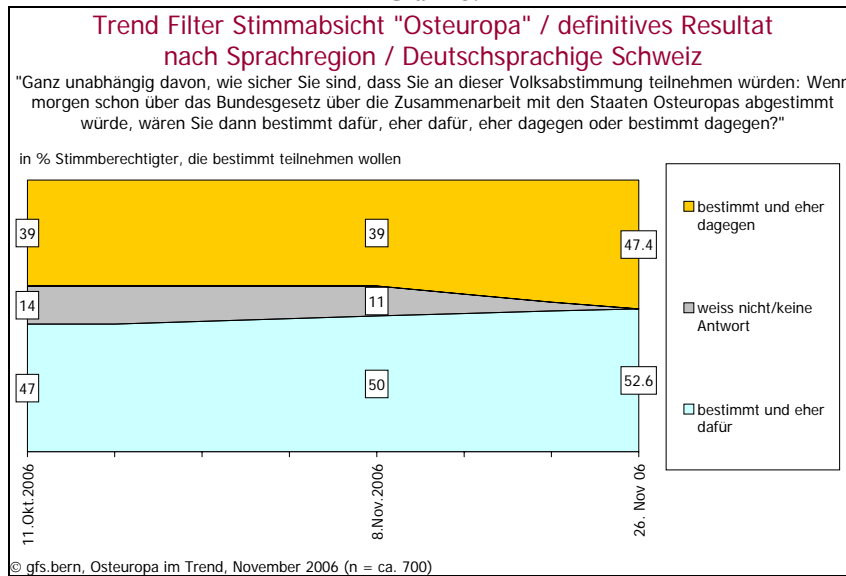


Vergleicht man das Endergebnis mit der Befragungsserie der SRG SSR idée suisse im Voraus, überwiegt der Eindruck der Gleichförmigkeit. Die Ja-Seite legte im Abstimmungskampf langsam, aber praktisch konstant zu; sie verbesserte ihre knappe Ausgangslage in den Wochen vor dem Abstimmungssonntag nochmals. Rund ein Drittel der Unentschiedenen konnte die Ja-Seite für sich gewinnen. Auch die Nein-Seite verstärkte sich über die Zeit hinweg. Wie erwartet baute sich der Effekt quantitativ jedoch erst in der Schlussphase richtig auf.



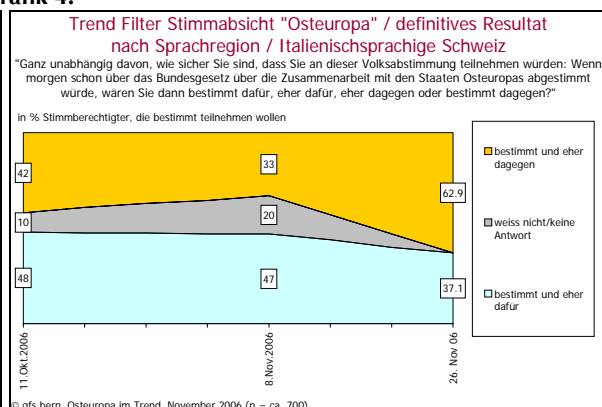
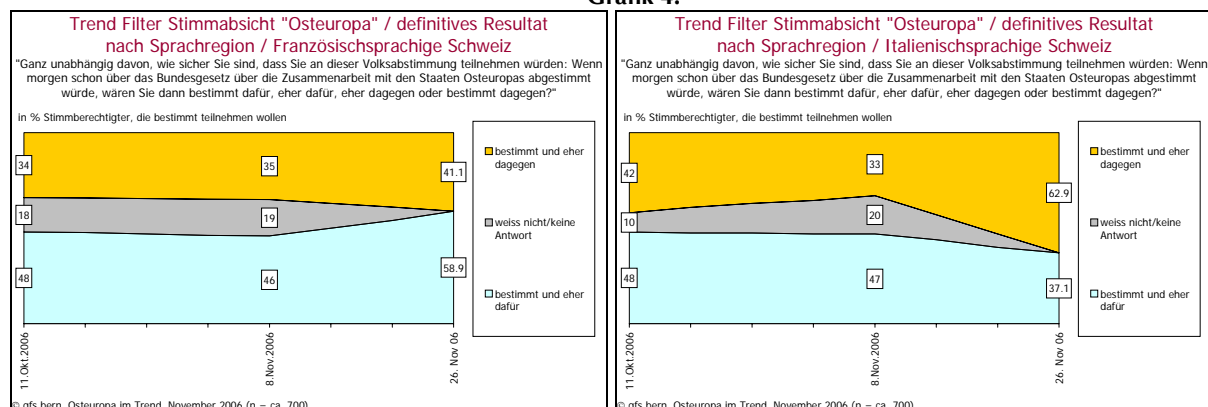
Die Trends verliefen nach Sprachregionen separiert nicht einheitlich. Direkt vergleichbar mit dem gesamtschweizerischen ist nur der Trend in der deutschsprachigen Schweiz. Dagegen legte die Ja-Seite in der Romandie ganz am Schluss nochmals zu; Umgekehrtes findet sich aber in der italienischsprachigen Schweiz, wo die Zustimmungsbereitschaft vor dem Abstimmungskampf höher war, sich danach aber konstant verringerte.

Grafik 3:



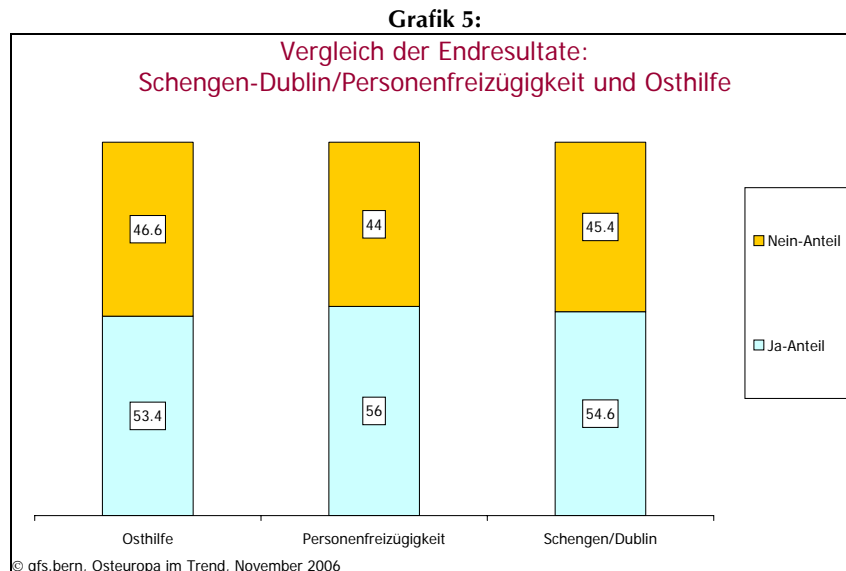
Diese unterschiedlichen Trends in der Meinungsbildung nach Sprachregionen fallen nicht zufällig aus. Sie verdeutlichen die für die jeweilige Sprachregion typische Position in Europa-Fragen: Am vorteilhaftesten eingestellt ist die Romandie, und hier verstärkt der Abstimmungskampf die Zustimmungsbereitschaft. Demgegenüber repräsentiert das Tessin die europa-skeptischste Sprachregion; und hier verstärkt der Abstimmungskampf die anfängliche Ablehnung am stärksten. In der deutschsprachigen Schweiz halten sich Zustimmung- und Ablehnungsbereitschaft in etwa die Waage, und es gibt auch keinen eindeutigen Trend in der Meinungsbildung während des Abstimmungskampfes.

Grafik 4:



Bilateraler Weg der Schweiz erneut bestätigt

Die Schweiz hat mit der Zustimmung am 26. November 2006 nicht nur einen positiven Grundsatz-Entscheidung zu den Bilateralen gefällt. Seit dem Jahr 2000 hat sie auch alle Folgeprojekte gut geheissen. Konkret waren das die Abkommen von Schengen/Dublin, die Vorlage zur Personenfreizügigkeit gegenüber der EU und das Osthilfe-Gesetz.



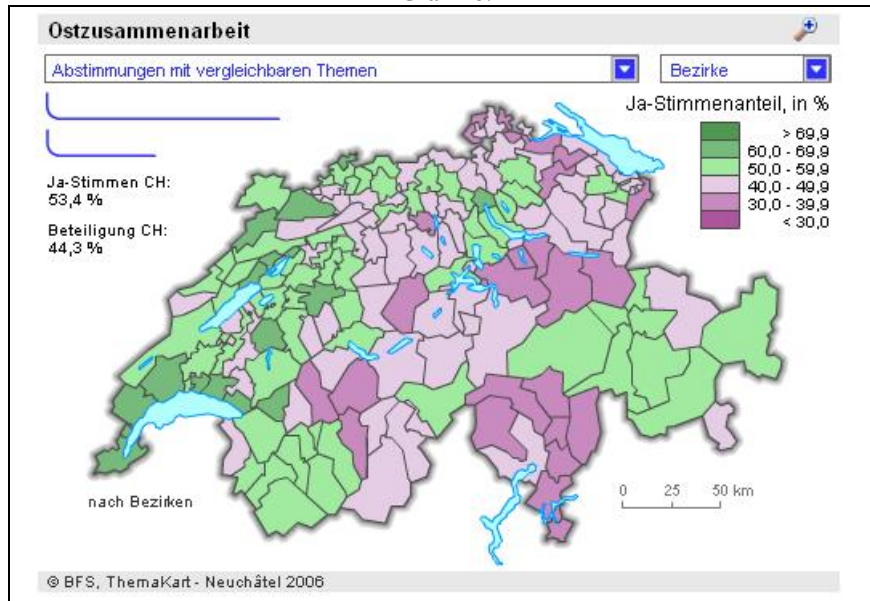
Wurden die Bilateralen noch von allen vier Regierungsparteien an der Spitze mitgetragen, verringerte sich die "Europa"-Koalition bei den Umsetzungsprojekten jeweils auf SP, FDP und CVP: die SVP empfahl durchwegs die Nein-Parole und unterlag damit. Alle drei Vorlagen würden in den letzten 18 Monaten mit einem Ja-Stimmenanteil von 56,0% bis 53,4% angenommen.

Man kann das auch so sagen: Der bilaterale Weg ist generell gesichert; im Konkreten ergeben sich zwar immer wieder verstärkte Einwände, doch gelang bisher regelmässig, die Zustimmungsmehrheit zu erreichen. Der Vorsprung der Befürwortung auf die Ablehnung war bei aller konkreten Umsetzung nie besonders gross; er reichte aber immer wieder. Grosse Sprünge erlaubt der bilaterale Weg nicht; dafür ist er aber recht solide in der Stimmbürgerschaft verankert, hat doch die SVP mit allen ihrer thematischen Opposition gegen die Umsetzung der Bilateralen Schiffbruch erlitten.

Raumbezogene Analyse der Zustimmung zu den Bilateralen

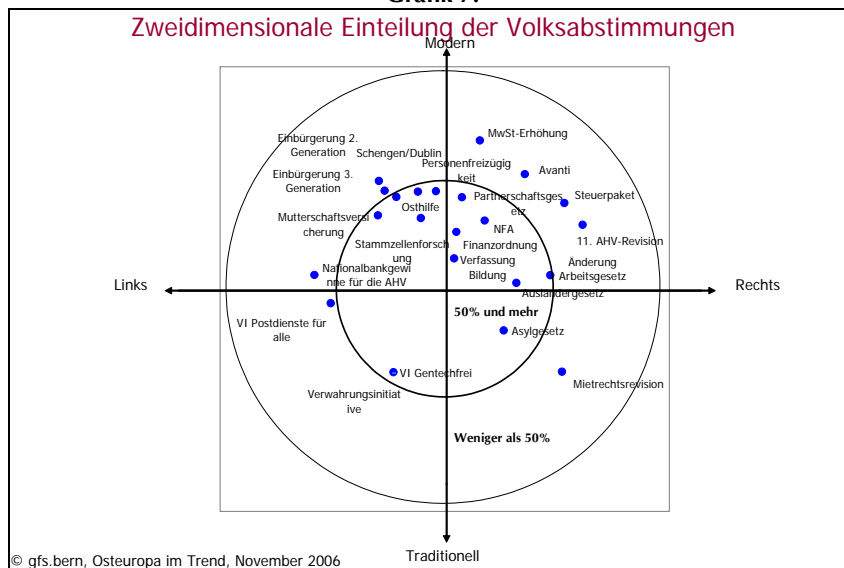
Was kennzeichnet die Zustimmungs- und Ablehnungsbasis der "55%"-Koalition? Die Antworten darauf sollen aufgrund der raumbezogenen, offiziellen Abstimmungsresultate auf der Grundlage der Bezirksergebnisse gesucht werden.

Grafik 6:



Im Vergleich mit allen Abstimmungen der laufenden Legislaturperiode können wir zunächst festhalten, dass die zentrale Konfliktlinie in allen drei europapolitischen Umsetzungsvorlage die Polarität zwischen "Moderne und Tradition" war. In zweiter Linie unterscheiden sich die Bezirksergebnisse, wenn man zwischen linken und rechten Regionen differenziert.

Grafik 7:



Lesebeispiel:

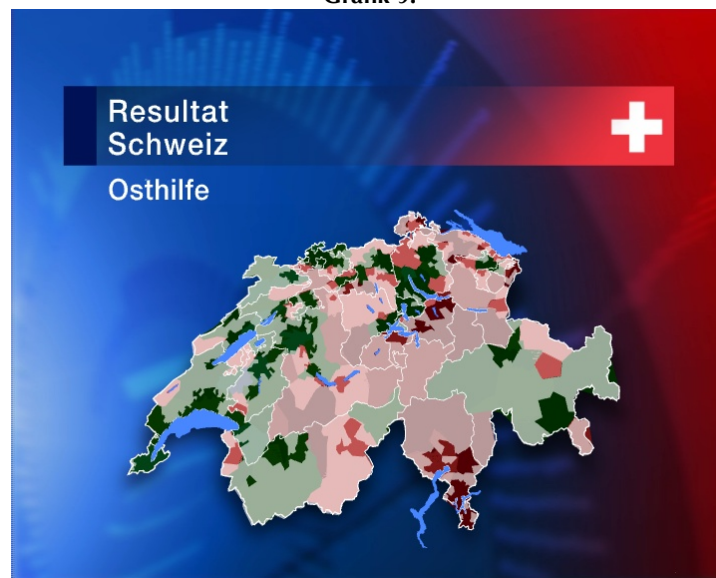
Auf diesem Radar sind alle Volksabstimmungen der laufenden Legislatur aufgeführt. Aufgrund des räumlichen Zustimmungsmuster (vgl. Grafik 6) sind sie hinsichtlich ihrer Typologie auf den beiden zentralen Achsen (Links/Rechts resp. Modern/traditionell) untersucht und klassiert worden. Alle drei Entscheidungen zum Bilateralismus liegen in der oberen Hälfte der Zielscheibe, drücken also eine moderne Schweiz aus; sie bewegen sich aber von der Mittellinie auf der Links/Rechts-Achse in unterschiedlichem Masse nach links, haben also auch ein beschränkt linkes Profil. Der innere Kreis unterschiede die Vorlagen, die mehrheitlich angenommen wurden (innen), von jenen, die abgelehnt wurde (ausen).

Die drei Europa-Vorlagen 2005/2006 drücken alle etwa gleich stark die moderne Schweiz aus. Auf der Links/Rechts-Achse sind sie aber nicht unbedingt identisch: Das linkeste

Zustimmungsprofil hatte die Vorlage zu den Abkommen von Schengen/Dublin. Es wurde am geringsten unterstützt, wenn es sich um rechte Regionen handelte. Demgegenüber ist bei der Personenfreizügigkeit die rechte Zustimmung praktisch identisch wie die linke gewesen. Das räumbezogene Profil zur Osthilfe liegt dazwischen. Es zeichnet sich beschränkt ein Links/Rechts-Unterschied ab, der geringer ist als bei "Schengen/Dublin", aber grösser als bei der Personenfreizügigkeit.

Wenn wir gleichzeitig einen Konflikt zwischen moderner und traditioneller Schweiz resp. zwischen linker und rechter Schweiz orten, kann man erhebliche Unterschiede in der Zustimmung und Ablehnung auf der Stadt/Land-Achse erwarten. Das war denn auch bei der Osthilfe der Fall, wie schon ein Blick auf die Kantonskarte am Abstimmungssonntag nahe legte. Zwischenzeitlich kann dies differenzierter beurteilt werden.

Grafik 9:



Quelle: BFS/SF.TV

Die dunklen Gebiete sind die städtischen Bezirke. Die grünen Gebiete haben die Osthilfe angenommen. So erkennt man sofort, welche urbanen Gebiete auf die Pro- und Kontra-Seite tendierten und welche wie stark auf ihr Umland ausstrahlten.

Die nebenstehende Übersicht zeigt einerseits die urbanen Kerngebiete (dunkelgrün), andererseits die Regionen mit der Zustimmung zur Osthilfe (hellgrün). In der Regel handelt es sich um die Kerngebiete und Umländer von Städten. Der Zusammenhang stimmt vor allem im deutschweizerischen Mittelland. In der Romandie gibt es, wie auch in Graubünden indessen zahlreiche Landgegenden, die mehrheitlich mit Ja votierten, während namentlich in der italienischsprachigen Schweiz genauso wie in der Ost- und Zentralschweiz auch die Städte die Vorlage überwiegend ablehnten (dunkelrot).

Strukturbezogene Analyse von Zustimmung und Ablehnung

Was heisst in strukturellen Termini ausgedrückt? Regionen welchen Typs machen die Zustimmung resp. die Ablehnung zu Europa-Vorlagen aus? Das lässt sich an einer Struktur-analyse sämtlicher Bezirke ausführen. Dabei setzen wir die Zustimmungssanteile und die Strukturwerte der Bezirke systematisch in Beziehung, und drücken wir diese mittels Korrelationskoeffizienten aus.

Das Osthilfe-Gesetz ist (auf Bezirksebene) am deutlichsten befürwortet worden, wenn es sich um Bezirke handelt ...

- mit einer Population, die sich durch einen hohen Anteil an Individualisierung auszeichnet,
- mit einer Bevölkerung, die einen vergleichsweise hohen Anteil an Konfessionslosen kennt,
- mit einem Statusindex, der über dem Mittel liegt,
- mit einer Bildungsstruktur, die besonders durch den tertiären Sektor gekennzeichnet ist,
- mit einer Wirtschaftsstruktur, die besonders durch den Dienstleistungsbereich charakterisiert wird.

Sozialer Status definiert sich dabei aus den wirtschaftlichen Ressourcen (Branchen, Ausbildung, Beschäftigungsgrad); während sich die Individualisierung daran misst, wie gross der Anteil ist, der keine übliche Familienstrukturen kennt (Geschiedene/Wiederverheiratete, DoppelverdienerInnen, kinderlose Eltern).

Tabelle 1:
Korrelationskoeffizienten zwischen Strukturvariablen und Abstimmungsergebnis (Ja-Anteil) beim Osthilfegesetz, der Personenfreizügigkeit und den Abkommen von Schengen/Dublin

<i>Strukturvariablen</i>	<i>Osthilfe</i>	<i>Personenfrei- zügigkeit</i>	<i>Schengen-Dublin</i>
<i>Sprachregionen</i>			
. FCH	.589	.451	.575
. DCH	-.395	n.s.	-.454
. ICH	-.347	-.510	-.104
<i>Generelle Konfliktlinien</i>			
. Modern-Traditionell	.824	.855	.688
. Links-Rechts	.356	.198	.517
. Ökologisch-technokratisch	.278	n.s.	.307
<i>Sozio-Kultur</i>			
. Individualisierungsindex	.574	.613	.595
. Statusindex	.448	.532	.379
<i>Konfessionsstruktur</i>			
. Anteil Konfessionslose	.505	.548	.626
. Anteil Protestanten	n.s.	.282	n.s.
. Anteil Katholiken	-.266	-.394	-.235
<i>Wirtschaftssektor</i>			
. Anteil Erwerbstätige im 3. Wirtschaftssektor	.424	.376	.369
. Anteil Erwerbstätige im 2. Wirtschaftssektor	-.423	-.330	-.319
<i>Bildungsstruktur</i>			
. Anteil tertiäre Bildung	.546	.618	.544
. Anteil primäre Bildung	-.306	-.429	-.325

Lesebeispiel:

In den Zellen figurieren die Korrelationskoeffizienten zwischen den Strukturmerkmalen und der Zustimmung zu den genannten Vorlagen. Wenn die Koeffizient 1 wären, würde die Zustimmung voll und ganz mit dem Indikator erklärt werden können; wenn sie null ist, gäbe es keinen Zusammenhang. Wir haben nur die Zusammenhänge aufgeführt, die statistisch relevant sind (über 0.20)

Die Ablehnung war dagegen besonders hoch, wenn es sich um einen Bezirk mit einem hohen Anteil an Industriearbeiterschaft handelte, mit einer Bevölkerung, die stark katho-

lich geprägt ist oder die einen hohen Anteil hat, der die Schulzeit mit der obligatorischen Schule abgeschlossen hat.

Bilanz

Äusserlich gesehen sind es die Romandie und die städtischen Gebiete in der deutschsprachigen Schweiz, welche die Zustimmung zum Bilateralismus sichern. Das ist die bekannte und gut erforschte Polarität in der Europa-Frage.

In den Termini der politischen Kultur drückt sich darin die moderne und linke Schweiz besonders aus. Es ist die Schweiz, die offen ist für internationale Kooperationen, sei dies auf staatlichem oder wirtschaftlichem Gebiet.

Soziokulturell gesehen gibt es zwei grosse Stränge, die das begünstigen:

- der soziale Status einerseits,
- die Individualisierung andererseits.

Je höher das eine oder andere in einer Region ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher ist die Zustimmung zum Bilateralismus allgemein, - und auch zum Osthilfegesetz. Ist beides miteinander stark vorhanden, kann man mit der höchsten Zustimmung zum Bilateralismus rechnen.

In gebräuchlicheren Indikatoren ausgedrückt kann man das am Anteil der Konfessionslosen resp. Protestanten in einer Region ausmachen, die mit dem Individualisierungsindex korrelieren. Man kann es aber auch am Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Wirtschaftssektor bestimmen, oder aufgrund der Population vorhersagen, die in einer Region eine höhere Schulbildung genossen hat.

Das Votum zur europäischen Politik der Schweiz, wie es gestern zum Ausdruck kam, ist das Votum der wirtschaftlichen starken Schweiz resp. der individualisierten Gesellschaft. Die wirtschaftlich bedrängte Schweiz wehrt sich dagegen gegen den Bilateralismus und auch die traditionellen Gesellschaftsteile stehen unverändert skeptisch gegenüber.

Wenn die Entwicklung Richtung Bilateralismus in der italienischsprachigen Schweiz, der Zentralschweiz und der Ostschweiz geringer ist als in der Romandie und im deutschschweizerischen Mittelland, kann man folgern: Entweder sind die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter oder die gesellschaftliche Individualisierung hier geringer; möglicherweise ist sogar beides miteinander der Fall. Das begünstigt die Entwicklung einer linksmodernen politischen Kultur weniger, die aber eine zentrale Voraussetzung ist für die Entstehung einer europa-offenen Grundstimmung in der Schweiz.

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Projektassistent
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
EDV-Programmierungen,
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.

[identität]



LUCA BÖSCH

Webmaster/Internet-Applikationsdesigner,
Unternehmenskommunikation
Schwerpunkte: Internetauftritt, Online-
Befragungen, statistische Datenanalysen,
Online-Datenbanken, Visualisierungen.